

# Eternit Berlin beschäftigte Zwangsarbeiter

Im Zweiten Weltkrieg arbeiteten Zwangsarbeiter für die Deutsche Asbestzement – an der auch die Familie Schmidheiny beteiligt war. Dies belegen jetzt neu aufgetauchte Dokumente.

Von **Maria Roselli\***

62 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges sind letzte Woche beim Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes in deutschen Bad Arolsen diverse Dokumente aufgetaucht. Sie belegen, dass in der Deutschen Asbestzementfabrik in Berlin Zwangsarbeiter beschäftigt worden waren. Die Fabrik, bekannt unter dem Namen Eternit Berlin, war 1929 – unter anderem mit Schweizer Kapital – vom Kartell der Asbestzementproduzenten SAIAC gegründet worden. Der Rheintaler Grossindustrielle Ernst Schmidheiny sen., damaliger Besitzer der Eternit Niederurnen, hatte dieses Kartell zur Interessenwahrung der führenden europäischen Asbestzement-Produzenten geschaffen.

## Grossaktionärin Eternit Niederurnen

Laut Eintrag im Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften war die Eternit Niederurnen eine der Grossaktionärinnen der Deutschen Asbestzement – unter anderem neben deutschen Banken, aber auch weiteren Eternitfirmen in Europa. Wie viel Kapital die Glarner Eternit in das Unternehmen investiert hat, ist aus dem Dokument nicht ersichtlich. Peter Schür-

mann, Sprecher der Schmidheiny, schliesst jedoch aus, dass die Familie die Aktienmehrheit gehalten hat.

Aus dem Eintrag im Handbuch geht weiter hervor, dass während des Zweiten Weltkrieges Max Schmidheiny stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates war und dass dessen Bruder Ernst Schmidheiny jun. ebenfalls im neunköpfigen Gremium sass. Nach dem Krieg hat Max Schmidheiny den anderen Mitgliedern der SAIAC die Aktien des Unternehmens abgekauft. Die in Eternit Berlin umbenannte Firma gehörte fortan zur Eternit. Erst 1990 löste sich Stephan Schmidheiny, Enkel des Firmengründers, im Zuge des von ihm angekündigten Ausstieges aus dem Asbestgeschäft von der Berliner Firma und dem Schweizer Mutterhaus. Das Werk wurde 2003 geschlossen.

Familiensprecher Schürmann bestätigt, dass zwei Vertreter der Familie im Aufsichtsrat der Firma gesessen haben. Das Gremium sei aber «nicht mit einem Schweizer Verwaltungsrat vergleichbar, da es keinerlei operative Befugnisse» habe. «Oberste und operative Führungsfunktionen durften nicht von Ausländern besetzt werden.» Für die Integrität von Max Schmidheiny spreche zudem, dass er für seine Investition in Nachkriegsdeutschland mit der Ernst-Reuter-Medaille ausgezeichnet worden sei. «Eine solche hohe Auszeichnung erfolgte stets nach sorgfältiger Abklärung der Rolle in der Nazi-Zeit.» Die Aufklärung der Firmengeschichte

ins Rollen gebracht hat eine ehemalige weissrussische Zwangsarbeiterin. Nadja Ofsjannikowa (siehe Artikel unten) hat im Jahre 2000 im Zuge der Wiedergutmachungsinitiative der Deutschen Wirtschaft einen Entschädigungsantrag gestellt. Nach jahrelanger Recherche sind nun beim Roten Kreuz Dokumente gefunden worden, unter anderem das Arbeitsbuch der ehemaligen Zwangsarbeiterin mit dem Eintrag der Deutschen Asbestzement. Im Arbeitsbuch steht, dass sie in einem Wohnlager auf dem Gelände des Werkes gewohnt hat und bei der Asbestzement beschäftigt war.

Bisher ist von Seiten der Eternit Berlin die Beschäftigung von Zwangsarbeitern nie voll zugegeben worden. Obwohl sich die Firma im Jahre 2000 mit einem Beitrag von 400 000 D-Mark der Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft zur Entschädigung von Zwangsarbeitern angeschlossen hat, hat sie stets verlauten lassen, es liege ihr «kein direkter Nachweis über die Beschäftigung von Zwangsarbeitern vor, da alle Personalunterlagen durch Kriegereignisse vernichtet» worden seien. «Deutliche Hinweise» dafür gebe es aber.

Stephan Schmidheiny, der in den Achtzigerjahren Vorsitzender des Aufsichtsrates der Eternit Berlin war, will sich zum Thema nicht äussern, wie sein Sprecher Peter Schürmann erklärt. Der Eternit-Erbe sei erst 1947 geboren und habe mit dieser Geschichte nichts zu tun. Aus schriftlichen Unterlagen gehe hin-

## Die Weissrussin Nadja Ofsjannikowa brachte die Aufklärung der Geschichte ins Rollen.

gen hervor, dass bereits ab 1938 auf Grund des Baus des Westwalls Zement rationiert wurde, sagt Schürmann. Zudem habe die beschränkte Zuteilung von Asbest im September 1939 zur Stilllegung aller Maschinen der Eternit geführt. Auf Grund dieses Rohstoffmangels stelle sich die Frage: «Weshalb hätte die Eternit Zwangsarbeiter beschäftigen sollen?» Schürmann unterstreicht zudem, dass es damals «allein in Berlin 1000 solcher Lager beziehungsweise Unterkünfte für Zwangsarbeiter» gegeben habe. Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern sei «eine Order des NS-Regimes» gewesen.

## Zwei Wohnlager auf dem Gelände

Das sieht Roman Lange, Historiker der Berliner Geschichtswerkstatt, ganz anders: «Es gab zwar eine gesetzliche Grundlage, die Zwangsarbeit ermöglichte. Doch es waren ganz klar die Firmen, die die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter anforderten, und sie waren somit Mittäter des Systems.» Neun bis zehn Millionen zivile Arbeitskräfte, Konzentrationslagerhäftlinge und Kriegsgefangene wurden im Verlauf des Zweiten Weltkrieges nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. Angesichts der Einberufung fast aller deutschen Männer war der Bedarf an Arbeitskräften sehr gross. Grossunternehmen wie auch Handwerksbetriebe und Behörden forderten immer mehr ausländische Arbeiter an.

Der deutsche Historiker Bernhard Bremberger konnte die Existenz von zwei Lagern nachweisen, die auf dem Gelände der Asbestzementfabrik standen. «Die Aussage der Eternit, das Firmenarchiv sei während des Krieges verschollen, verwundert mich», sagt der Historiker. So seien aus jener Zeit etwa Kopien der Geschäftsberichte im Museum Neukölln einsehbar. Tatsächlich zeigen die Berichte von 1941 bis 1943, dass das Unternehmen auch in den Kriegsjahren Gewinn geschrieben und Dividenden ausgeschüttet hat.

Laut Bremberger hatte sich die Asbestzementfabrik als kriegswichtiges Unternehmen in die Reichsbetriebskartei eintra-

www.tagesanzeiger.ch  
Originaldokumente unter dem Stichwort:

## ➔ Eternit

gen lassen. In dieser konnten sich alle Firmen registrieren lassen, die für das Regime von rüstungswirtschaftlichem Interesse waren. Die Asbestzementfabrik begründete den Eintrag damit, dass sie feuerfeste Bunkertüren herstellte, so genannte Fortis-Schutzraumtüren.

Im Neuköllner Museum ist laut Bremberger zum Beispiel auch eine aussagekräftige Sterbeurkunde aus dem Jahre 1943 vorhanden. «Dieses Dokument beweist, dass zumindest 1943 polnische Frauen im Lager auf dem Asbestzementfabrik-Gelände gefangen gehalten wurden und dass ein dort geborenes Kind im August wenige Tage nach der Geburt verstarb.» Der Standesbeamte trug als Todesursache ein: fieberhafte Erkrankung, Kreislaufschwäche. Laut Bremberger wurde mit dieser Formulierung während des Krieges oft die wahre Todesursache kaschiert: «verhungert».

\* Maria Roselli ist Autorin des Buches «Die Asbestlügen», das Ende November im Rotpunktverlag Zürich erscheint.



BILD MARIA ROSELLI

Nadja Ofsjannikowa in den Hallen der Deutschen Asbestzement, wo sie vor 65 Jahren Zwangsarbeit leisten musste.

## «Ich wünschte mir, einfach zu sterben»

Nadja Ofsjannikowa (85) aus Weissrussland erzählt von ihrer Zeit als Zwangsarbeiterin der Deutschen Asbestzement.

Aufgezeichnet von **Maria Roselli**

«Ich weiss noch ganz genau: Im November 1942, ich war damals 19, erhielt ich die Benachrichtigung der Kommandantur, dass ich dringend zu erscheinen hätte. Im Falle des Nichterscheinens würde ich der Gestapo übergeben. Ich hatte Angst, dass die Deutschen mich und meine ganze Familie erschliessen würden. Am 21. November, es war ein eiskalter Winter, brachten sie uns mit einem Schlitten zum Bahnhof nach Klimowitschi. Dort trieben uns bewaffnete Soldaten in einen Güterzug Richtung Deutschland.

In Warschau befahlen uns die Soldaten auszusteigen und uns in einer Reihe aufzustellen, damit die Fabrikdirektoren aussuchen konnten, wen sie für ihre Fabrik wollten. Als wir in Deutschland ankamen, brachten sie uns ins KZ Tempelhof. Aber schon nach kurzer Zeit bombardierten die Alliierten die Fabrik, in der wir anfangs arbeiteten, und so wurden wir in das Asbestzement-Werk nach Berlin Rudow versetzt. Es hiess Eternit.

Hier brachten sie uns in Baracken unter, die sich auf dem Gelände des Werkes befanden. In diesem Lager begann für uns eine Arbeit, die unsere

Kräfte überstieg. Ich arbeitete vor allem im Freien, musste aus der Expeditionshalle die fertigen Asbestzement-Platten auf den Zug laden. Wir trugen Arbeitskleidung aus Zelttuch und an den Füssen Schuhwerk aus Holz. Ich war der Verzweiflung nahe, manchmal wünschte ich mir, einfach zu sterben.

Die Fabrik befand sich am Kanalufer in der Kanalstrasse. Die ganze Fabrik war von einem Stacheldrahtzaun umgeben, nur auf der Kanalseite hatte es keinen. Bewaffnete Männer hielten Aufsicht. Auch wenn wir krank waren, mussten wir arbeiten: zwölf Stunden am Tag, sechs Tage in der Woche. Feiertage gab es keine.

Als die Russen näher rückten, wurde die Arbeit intensiviert. Ich weiss nicht weshalb, vielleicht brauchten die Deutschen die Bauelemente, die wir herstellten. Wir mussten dann schon um sechs Uhr antreten und bis spät in den Abend arbeiten. Eine Frau aus meiner Baracke ist während der Arbeit bewusstlos umgefallen und später gestorben. Sie haben sie abtransportiert und danach wurde gesagt, sie habe Tuberkulose gehabt. Die anderen Frauen aus meiner Baracke haben überlebt.

An eine Flucht war nicht zu denken. Wir trugen alle das Erkennungszeichen «Ost», man hätte uns sofort festgenommen. Einmal versuchten ein paar Frauen zu fliehen, doch sie sind nicht weit gekommen und waren sehr schnell wieder gefasst. Zur Bestrafung steckte die Gestapo sie einen Monat in den Kerker, und als sie wieder in die Fabrik zurückka-

men, mussten sie die schwierigsten Arbeiten verrichten.

Das wenige Geld, das wir ab und zu für unsere Arbeit erhielten, nützte uns nichts. Wir durften nicht raus, um uns was zu kaufen, und wir hatten ja auch keine Lebensmittelmarken. Die Verpflegung im Lager war erbärmlich: Zum Frühstück gab es Mehlsuppe, zu Mittag Suppe aus Futterrüben und abends 100 Gramm Brot und ein kleines Stück Margarine. Der Hunger war unerträglich.

Wenn wir mittags voller Staub aus dem Werk in die Baracke kamen, war die Suppe schon in den Tellern. Die Barackenaufseherin, eine dicke Deutsche, beobachtete uns die ganze Zeit und kontrollierte jede unserer Bewegungen. Wenn eine von uns nicht parierte, schlug die Aufseherin rücksichtslos auf sie ein. Wir hatten eine halbe Stunde Zeit zum Essen und Ausruhen, danach mussten wir zurück an die Arbeit. Abends wog eine von uns jedes Stück Brot auf einer kleinen Waage, und die Aufseherin kontrollierte peinlichst, dass niemand mehr als 100 Gramm erhielt.

Nach der Arbeit waren wir so erschöpft, dass wir uns gleich auf unsere Kojen legten. Aber der Hunger war so gross, dass ich manche Nacht nicht einschlafen konnte. Ich dachte immer wieder an meine Familie und wie es ihr wohl gehe. Von meiner Mutter habe ich zwei Briefe erhalten. Das war ein unbeschreibliches Glücksgefühl; ich habe sie immer wieder unter Tränen gelesen und bei mir getragen, bis das Papier auseinander fiel.

## Laxey muss Angebot für Implemia präzisieren

Die Übernahmekommission hat ein Machtwort gesprochen. Im Streit zwischen dem Baukonzern und dem Hedge Funds müssen beide Parteien Federn lassen.

Von **Angela Barandun**

Konkret geht es um ein Übernahmeangebot, das Laxey am 2. November für Implemia veröffentlichte, weil der britische Hedge Funds die Grenze von 33 1/3 Prozent der Aktien des Bauriesen überschritten hatte. Implemia wehrt sich gegen den Einstieg von Laxey und bezeichnete die Offerte als «Scheinangebot». Sie beantragte zuhanden der Übernahmekommission, das Pflichtangebot als ungültig zu erklären.

Dem kommt die Behörde in ihrer Empfehlung vom Freitagabend nicht nach. Statt dessen hält sie Folgendes fest:

■ Laxeys Angebot ist rechtens, selbst wenn der Hedge Fund den Aktionären bewusst ein schlechtes Angebot gemacht hat. Entscheidend ist, dass er sich an die gesetzlichen Minimalvorgaben hält. Laxey bietet 33.23 Franken pro Aktie, das sind 2 Franken wenig, als sie am Vorabend der Angebotspublikation wert war.

■ Die so genannte «Best Price Rule» gilt. Das bedeutet, dass der Hedge Funds während der Angebotsfrist und sechs Monate darüber hinaus keine Implemia-Aktie für mehr als 33.23 Franken kaufen darf. Ansonsten muss er allen Implemia-Aktionären den höheren Preis anbieten. Laxey hatte sich auf den Standpunkt gestellt, nur jenen Aktionären den besseren Preis zahlen zu müssen, die ihre Aktien tatsächlich angedient haben.

■ Laxey darf ihr Angebot an die Bedingung knüpfen, dass ihre Stimmrechte von Implemia im Aktienregister eingetragen werden. Das hat der Baukonzern dem Hedge Funds bisher verweigert.

■ Der Hedge Funds muss offen legen, ob bei der Eidgenössischen Bankenkommision ein Verfahren «im Zusammenhang mit dem Beteiligungsaufbau der Laxey-Gruppe» hängig ist. Konkret geht es um die Frage, ob Laxey beim Aufbau seiner Beteiligung Meldepflichten verletzt hat, um billiger an die Implemia-Aktien zu kommen. Laxey muss den «Gegenstand des Verfahrens und mögliche Konsequenzen» im Angebotsprospekt darstellen.

■ Ausserdem muss Laxey klarstellen, wie sie die Übernahme finanzieren will. Insbesondere muss sie das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital angeben.

■ Laxey muss die Frage beantworten, ob «die im Angebotsprospekt offen gelegten Absichten im Sinne von Vorbereitungs-handlungen eines kurzfristig zu erwartenden Ausstiegs zu verstehen sind».

Implemia nahm die Empfehlungen gestern Abend «mit grosser Befriedigung» zur Kenntnis. Laxey konnte für eine Stellungnahme nicht erreicht werden. Der Hedge Funds muss für die Empfehlung der Behörde 141 600 Franken zahlen. Veröffentlicht er die verlangten Korrekturen im Angebotsprospekt bis spätestens am Montag, beginnt die Angebotsfrist wie vorgesehen am gleichen Tag.

REKLAME

WQ798-H



« Die steuerliche Entlastung des Gewerbes wird uns seit Jahren versprochen – jetzt haben wir die Möglichkeit, dieses Versprechen einzulösen. »

Clemens Ruckstuhl  
Ruckstuhl Elektrotech AG, Adliswil

«Darum sage ich JA zu fairen KMU-Steuern»

Stimmen Sie am 25. November JA zur Steuergesetzrevision

Komitee für faire KMU-Steuern  
www.faire-kmu-steuern.ch

